

tungslos, sondern beweist nachdrücklich die Notwendigkeit der Reform: also der Einführung des zehnten Schuljahres, des Berufsgrundschuljahres, Verstärkung von Berufsfachklassen und überbetrieblichen Lehrwerkstätten.

Bei der Frage der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, die vorher bereits eine Stelle hatten, erweist sich überdeutlich, von wie großer Bedeutung eine gute Ausbildung ist: aus allen Berichten geht hervor, daß ungelernete, wenig qualifizierte Jugendliche ihren Arbeitsplatz als erste verlieren. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß dieser Art von Arbeitslosigkeit nur durch verbesserte Ausbildung zu begegnen ist. Die Landesregierung hat diesen Aspekt der Hilfe bei ihrem Aktionsprogramm dankenswerterweise besonders betont. Bisher machen leider noch wenige Jugendliche von Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten Gebrauch – offenbar in der Annahme, es gehe bald wieder besser. Darum muß die Werbung für mehr Bildung und die Aufklärung darüber, daß der Trend zu immer höheren Ansprüchen an die berufliche Qualifikation künftig noch zunehmen wird, verstärkt werden.

F.D.P.: Angebotene Hilfen nutzen

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Eberhard Wilde:

Für diejenigen Jugendlichen, die bisher noch nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen, sondern direkt von der Schule kommen, ist die Konfrontation mit der Arbeitslosigkeit besonders schwierig. Hinzu kommt noch, daß wegen der gesetzlichen Lage Arbeitslosengeld nicht gezahlt werden kann. Die F.D.P.-Fraktion hat deshalb die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales vorgeschlagenen Maßnahmen begrüßt. Sie hat daneben, gemeinsam mit dem Koalitionspartner, die Bereitstellung von 100 Millionen DM in den Landeshaushalt 1975 beantragt, durch die Betriebe, die im Kern gesund sind, vor der Schließung bewahrt werden sollen, insbesondere dann, wenn Ausbildungsplätze verlorenzugehen drohen.

Von der Arbeitslosigkeit sind in erster Linie jene jungen Menschen betroffen, die keinen oder keinen qualifizierten Schulabschluß haben. In den Jahren der Hochkonjunktur war es auch für diese Jugendlichen relativ einfach, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Die jetzige wirtschaftlich schwierigere Situation zeigt deutlich, daß viele Jugendliche, Eltern und Lehrer die Chance des vom Land zur Verfügung gestellten Bildungsangebotes nicht richtig nutzen. Deshalb muß es vordringliche Aufgabe sein, diese attraktiven Bildungsangebote auch langfristiger Art verstärkt bekanntzumachen. Bessere Bildung und Ausbildung sind die besten Voraussetzungen für einen guten Arbeitsplatz. Das von der Landesregierung angebotene „Bündel sozialer Leistungen“ kann nur begleitender, aktuelle Notsituationen beseitigender Teil sei.

Die von der Bundesregierung und von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze werden von der F.D.P.-Fraktion uneingeschränkt begrüßt. Sie fordert zusätzlich mit Nachdruck, daß auch Bund, Länder und Gemeinden ihrerseits zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Porträt



Rudi Nickels (CDU)

Der Mann mit dem schütterten Blondhaar hat seine Grundsätze: „Gute Sozialpolitik ist nur durch gute Wirtschaftspolitik möglich“, sagt Rudi Nickels. Der engagierte Sozialpolitiker, überzeugte Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter gilt als „ehrliche Haut“. Unternehmergewinne seien kein Teufelswerk, sondern Voraussetzung für gute Sozialpolitik, meint der Reviermensch Nickels.

Er wohnt im Stuckenbusch, nur ein paar Steinwürfe von den Revierstädten Recklinghausen, Herten und Herne entfernt. Das Ruhrgebiet ist Heimat und vorrangiger Wirkungsbereich des 1926 in Bottrop geborenen Bergarbeitersohnes. Als Lehrling schwang er den Schmiedehammer der Zechenwerkstatt „Prosper“, bevor er – mitten im Kriege – zum Arbeitsdienst und zur Marine eingezogen wurde.

Im Juli 1945 kam Rudi Nickels aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Der Vater war tot, der älteste von fünf Nickels-Söhnen gefallen, der dritte – bis 1948 – noch in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager. Bergbauschmied Rudi Nickels mußte der Mutter – 96 Mark Rente im Monat – helfen, die Familie zu ernähren. Diese Umstände haben den Mann „innerlich motorisiert“ und mitgeprägt.

1950 wurde Nickels Jugendsekretär der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die ihn 1957 als Sekretär in Recklinghausen einsetzte und ihm ein Jahr später die Geschäftsstelle in Herne anvertraute. Die IGBE wählte ihn 1960 in ihren geschäftsführenden Vorstand, beauftragte ihn für die nächsten vier Jahre mit Schulungs- und Bildungsarbeit und übertrug ihm 1964 die Abteilung Sozialpolitik in der Bochumer Zentrale.

Gewerkschaftsarbeit und Tätigkeit in der Christlichen Arbeiterjugend

führten Nickels in die Politik: „Um mitbestimmen, bei Entstehung von Gesetzen Einfluß ausüben zu können, muß man sich parteipolitisch betätigen.“ So schloß er sich 1956 der CDU an, deren stellvertretender Landesvorsitzender in Westfalen-Lippe er seit 1971 ist und deren Sozialausschüsse in diesem Bereich er schon länger als zehn Jahre leitet.

Im Landtag wirkt Nickels seit 1966, zuerst im Haupt- und Wirtschaftsausschuß, seit 1970 im Wirtschaftsausschuß und als stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Soziales. „Für meine Frau und die beiden erwachsenen Söhne wird meine Zeit immer knapper, erst recht für meine alten Skatfreunde. Wenn mal ein Sonntagmorgen frei ist von Versammlungen, dann reicht es vielleicht zum Skat.“

Der Revier-Westfale Nickels, der auch dem Sozialbeirat bei der Bundesregierung angehört, ist Vorsitzender der Bundesknappschaft, seit Oktober 1974 auch der Bergbau-Berufsgenossenschaft. Erstmals leitet mit Rudi Nickels ein Mann der IGBE diese beiden Institutionen. Im Knappschaftsbereich obliegt dem Vorsitzenden Nickels die Einflußnahme auf 14 Krankenhäuser mit rund 5500 Betten.

Nickels' Engagement in der Sozialpolitik, hier vornehmlich im „Bereich Krankenhäuser“, ist bei Bergleuten und -invaliden im Ruhrgebiet schon sprichwörtlich: „Hasse Sorgen, hasse Pickels – wende dich an Rudi Nickels.“

Eugen Vietinghoff